

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

1. September 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche griffen bis zu 1.500 Taliban-Kämpfern die Stadt Kunduz an (Hauptstadt der gleichnamigen nordafghanischen Provinz) an und drangen in verschiedene Stadtteile ein. Der Angriff konnte nach fast fünftägigen Kämpfen von der afghanischen Armee abgewehrt werden. Es sollen 20 Zivilisten getötet und zehn verletzt worden sein. Die Taliban behaupten, vier der sieben Distrikte der Provinz zu kontrollieren.

Weitere Ereignisse der vergangenen Woche:

25.08.14: Bei Kämpfen zwischen Taliban und afghanischem Militär sollen in der nordafghanischen Provinz Faryab 75 Taliban-Kämpfer getötet worden sein. In der nordafghanischen Provinz Balkh (Mazar-e Sharif) entkam eine weibliche Kandidatin für den Provinzrat einem Anschlag. In der ostafghanischen Provinz Kunar (Distrikt Dangam) wurden fünf Zivilisten von pakistanischen Raketen verletzt, die gegen Stellungen von Militanten abgefeuert worden waren (sog. Cross-Border-Shelling).

26.08.14: Bei Vorfällen in den Provinzen Kabul und Herat (Westen) wurden 27 Aufständische getötet und zwei Mitarbeiter aus dem Gesundheitswesen entführt. Ein Mitglied des Unterhauses überlebte einen Bombenanschlag in Herat. In der südafghanischen Provinz Nimroz (Distrikt Khashrod) wurden sechs Zivilisten beim Einschlag einer Mörsergranate verletzt. In der westafghanischen Provinz Farah (im Distrikt Bala Bolok) enthaupteten Taliban einen Mullah, dem vorgeworfen wurde, in Diensten der Regierung gestanden zu haben.

27.08.14: Bei Schießereien im Distrikt Nahrain (nordostafghanischen Provinz Baghlan) wurden drei Menschen getötet und vier verletzt. Die afghanische Armee startete in der ostafghanischen Provinz Nuristan eine Offensive zur Rückeroberung des Distrikts Doab. Bei Gefechten in der westafghanischen Provinz Ghor starben 20 Aufständische und fünf Polizisten. 20 Polizisten sollen von Aufständischen gefangen genommen worden sein. Bei zwei Bombenexplosionen in der östlichen Provinz Nangarhar und der südöstlichen Provinz Paktia wurden mindestens 15 Zivilisten verletzt. In der westafghanischen Provinz Farah erschossen Unbekannt einen Richter und neun weitere Personen.

28.08.14: Bei Gefechten in der westafghanischen Provinz Ghor starben 36 Aufständische und neun Polizisten. Die afghanischen Sicherheitskräfte melden, dass der Distrikt Khanabad in der nordafghanischen Provinz Kunduz von Aufständischen befreit sei, ebenso der Distrikt Noab in der ostafghanischen Provinz Nuristan. Bei mehreren Vorfällen in den Provinzen Ghazni (Südosten), Helmand (Süden) und Maidan Wardak (Zentralafghanistan) wurden mindestens 18 Aufständische getötet.

29.08.14: Unbekannte ermordeten in Kabul den Vorsitzenden des Friedenskomitees der Provinz.

Präsidentenwahlen

Der in der Stichwahl gegen Ashraf Ghani unterlegene Kandidat Abdullah Abdullah droht, das Ergebnis der Neuauszählung nicht anzuerkennen und spricht von Wahlbetrug „in industriellem Ausmaß“. Das Team von Abdullah nimmt nicht mehr an der Überprüfung der Stimmen teil. Nach der Stichwahl siegte Ghani, der in der ersten Wahlrunde die absolute Mehrheit verfehlt hatte, mit deutlichem Anstand. Aufgrund von Betrugsvorwürfe wurde eine Neuauszählung veranlasst. Zwar einigten sich beide Kandidaten auf die Bildung einer gemeinsamen Einheitsregierung (vgl. BN v. 18.08.14), aufgrund der aktuellen Ereignisse ist dies aber fraglich.

Pakistan

Regierungskrise

Seit rund zwei Wochen demonstrieren in Islamabad tausende Anhänger des früheren Cricketstars Imran Khan (Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf, PTI) und des Religionsgelehrten Tahir-ul Qadri (Partei Pakistan Awami Tehreek, PAT) gegen Ministerpräsident Nawaz Sharif. Sie fordern dessen Rücktritt. Inzwischen versucht die Armeeführung zwischen den Parteien zu vermitteln.

Als in der Nacht zum 31.08.14 Demonstranten den Amtssitz des Ministerpräsidenten stürmen wollten, setzte die Polizei Tränengas und Gummigeschosse ein. Dabei kamen drei Menschen ums Leben.

Pakistan/Indien

Waffenstillstandsverletzungen – wechselseitige Beschuldigungen

An der Grenze zum indischen Unionsstaat Jammu und Kaschmir nahe der pakistanischen Stadt Sialkot (Provinz Punjab) kommt es seit Tagen zu anhaltendem Artillerie- und Maschinengewehrbeschuss. Laut Behauptungen Indiens soll es seit der Wahl des Hindunationalisten Narendra Modi zum indischen Premierminister im Mai rund 70 „nicht provozierte“ Zwischenfälle seitens Pakistans gegeben haben. Von pakistanischer Seite wird Indien vorgeworfen, seit Anfang Juli insgesamt 23 Mal gegen den seit 2003 gültigen Waffenstillstand verstoßen zu haben. In Indien sollen mittlerweile 3.000 Menschen aus dem Grenzgebiet evakuiert worden sein. Immer wieder kommt es entlang der indisch-pakistanischen Grenze im Bereich des seit 67 Jahren geteilten umstrittenen Kaschmir zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Irak

Entwicklung der Lage

Die Gewalt in Irak hält an. Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im August (Stand: 31.08.14) 1.592 Zivilpersonen getötet. Im Juli 2014 waren es 1.481 zivile Todesopfer.

Deutsche Waffen für Kurden

Eine Ministerrunde unter Leitung der Bundeskanzlerin beschloss am 31.08.14, die irakischen Kurden in ihrem Kampf gegen die IS-Miliz mit Waffen und Ausrüstung (Panzerabwehrwaffen, Sturmgewehren und Muniton) aus Beständen der Bundeswehr im Wert von 70 Mio. € zu unterstützen. Zudem will die Bundesregierung zivile Hilfsgüter im Wert von rund 50 Mio. € bereitstellen.

Rückschlag für IS

Am 30./31.08.14 wurde die Belagerung der Stadt Amerli durch IS-Milizen nach mehr als sechs Wochen durchbrochen. Es gibt Berichte, nach denen neben USA auch Iran Luftangriffe auf IS-Stellungen geflogen haben soll.

IS verkauft verschleppte Frauen

IS-Angehörige sollen in den vergangenen Wochen Dutzende jesidische Frauen und Mädchen aus Irak nach Syrien verschleppt haben. Mindestens 27 dieser als „Beute aus dem Krieg mit den Ungläubigen“ bezeichneten Frauen sollen nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 30.08.14 für 1.000 USD pro Person an IS-Anhänger verkauft und zwangsverheiratet worden sein. Insgesamt seien rund 300 Frauen und Mädchen im Irak entführt worden, deren weiteres Schicksal unklar sei.

Syrien

UN-Soldaten teilweise in Sicherheit

72 philippinische UN-Soldaten auf den Golan-Höhen sind in Sicherheit. 32 waren am 30.08.14 von UN-Soldaten nach Kämpfen mit der al-Nusra-Front befreit worden, 40 weiteren gelang es, sich in der Nacht zum 31.08.14 in ein sicheres Gebiet abzusetzen. Hingegen sind 44 UN-Soldaten der Fidschi-Inseln noch in den Händen der al-Nusra Front.

Am 27.08.14 hatten syrische Regimegegner in Quneitra den Übergang zu den von Israel besetzten Golan-Höhen nach schweren Kämpfen mit syrischen Regierungstruppen eingenommen. Unter den Regimegegnern befanden sich auch Kämpfer der al-Nusra-Front. Sie hatten 72 philippinische UN-Soldaten am 28.08.14 eingekesselt und 44 UN-Soldaten der Fidschi-Inseln gefangen genommen.

Soldaten der UN-Mission UNDOF sind seit 1974 auf den Golan-Höhen, um den Waffenstillstand zwischen Israel und Syrien zu beobachten. Das Mandat war zuletzt im Juni 2014 bis zum 31.12.2014 verlängert worden.

UNHCR-Bericht zur Lage

In seinem am 29.08.14 publizierten Bericht zur Lage in Syrien spricht das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) von der „schlimmsten humanitären Notsituation unserer Zeit“. Drei Millionen Syrer, damit eine Million mehr als 2013, sind seit Beginn des Bürgerkrieges im März 2011 ins Ausland geflohen. Innerhalb Syriens gibt es 6,5 Millionen Binnenflüchtlinge. Damit befindet sich knapp die Hälfte der syrischen Bevölkerung (insgesamt ca. 23 Millionen) auf der Flucht, wobei die Mehrheit der Flüchtlinge Kinder sein sollen. 200.000 Personen sind nach den Angaben des UNHCR bisher im Bürgerkrieg ums Leben gekommen. Der wachsende Strom von Flüchtlingen in die Nachbarländer führt dazu, dass z.B. auch im Libanon, in Jordanien und der Türkei die Lebensmittelpreise stark stiegen. Zwar habe die UNO bisher Geldspenden in Höhe von 3,1 Milliarden Euro erhalten, bis Ende 2014 würden jedoch zusätzlich 1,5 Milliarden benötigt, um die Flüchtlinge zu unterstützen.

Libanon

Polizeiliche Verfolgung Homosexueller

Laut Pressemeldung vom 28.08.14 verschärft die libanesische Polizei in Beirut den Verfolgungsdruck auf Homosexuelle mit Hilfe eines Instant-Messaging-Dienstes. Wie die LGBT-Organisation (Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender) Helem bekannt gab, wurden Menschen verhaftet und ihre Whatsapp-Kontakte durchsucht. Basierend auf der Art der Whatsapp-Inhalte wurden Kontaktpersonen der Verhafteten in die Polizeistation bestellt.

Homosexualität ist im Libanon nicht verboten, doch „widernatürlicher Sex“ wird mit einem Jahr Gefängnis geahndet.

Gazastreifen/Israel

Unbefristete Waffenruhe vereinbart

Im Gaza-Krieg wurde zwischen den Palästinensern und Israel eine unbefristete Waffenruhe ab dem Abend des 26.08.14 vereinbart. Auf die neue Feuerpause hatten sich Vertreter beider Parteien nach siebenwöchigen Gefechten in Kairo unter Vermittlung Ägyptens verständigt. Es wurde vereinbart, dass die indirekten Gespräche innerhalb eines Monats fortgeführt werden sollten. Zudem ist Israel nach Darstellung des ägyptischen Außenministeriums dazu bereit, die Blockade des Gazastreifens zu lockern. Die Zivilbevölkerung solle mit Hilfsgütern und Baumaterial versorgt werden. Im Gaza-Streifen feierten Tausende die Einigung auf eine neue Waffenruhe als Sieg der Palästinenser. Ranghohe Vertreter der dort herrschenden Hamas und der Gruppierung Jihad al-Islami zeigten sich erstmals seit Beginn des Konflikts öffentlich.

Hamas schließt Waffenverzicht aus

Der Chef der radikalislamistischen Hamas, Khaled Mashaal, hat am 28.08.14 vor Journalisten in Qatar einen Verzicht seiner Bewegung auf Waffen ausgeschlossen. Die Waffen der Hamas seien eine Garantie dafür, dass ihre Forderungen ernstgenommen würden, sagte Mashaal. Er forderte, die ägyptische Regierung müsse

rasch den Grenzübergang Rafah wieder öffnen, über den die Bevölkerung im Gazastreifen Hilfslieferungen aus Ägypten erhält.

UNICEF beziffert Kinderopfer des Gaza-Krieges

Seit Beginn des Gaza-Kriegs vor sieben Wochen sind nach Angaben des Kinderhilfswerks UNICEF vom 25.08.14 sind 307 Jungen und 184 Mädchen im Alter von zehn Tagen bis 17 Jahren im Gazastreifen ums Leben gekommen. Das palästinensische Gesundheitsministerium sprach von 577 getöteten Minderjährigen. Israel wirft der radikal-islamistischen Hamas vor, sie habe Zivilisten im Kampf als menschliche Schutzschilde missbraucht und dabei bewusst auch den Tod von Kindern riskiert.

Iran

Waffenlieferungen an irakische Kurden

Die irakischen Kurden erhalten in ihrem Kampf gegen die islamistischen Terroristen des IS Militärhilfe aus Iran. Der Präsident der kurdischen Autonomiegebiete, Massoud Barsani, sagte, Iran sei das erste Land gewesen, das den Peshmerga-Kämpfern Waffen zur Verfügung gestellt habe. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Erbil mit Barzani betonte der iranische Außenminister Zarif, dass Iran keine Soldaten in das Nachbarland gesandt habe.

Rohani wendet sich gegen Großayatollah Makarem-Shirazi

Präsident Hassan Rohani hat sich im Streit um das von der Regierung gewünschte Hochgeschwindigkeitsinternet gegen den einflussreichen Großayatollah Makarem-Shirazi gestellt. Er widersprach diesem, der dieses in der vergangenen Woche als unislamisch bezeichnet hatte und es verbieten will. Makarem-Shirazi zufolge könnte das von der Rohani-Regierung geplante Projekt Jugendlichen einfacheren Zugang zu „verseuchten Webseiten“ ermöglichen, was gegen die islamischen Vorschriften des Landes sei. Kommunikationsminister Mahmoud Vaezi, der Initiator des Projekts, soll ins Parlament zitiert werden, wo einige Abgeordnete für seine Entlassung fordern.

Jemen

Mächtige Houthi-Demonstration gegen Regierung

In der Hauptstadt Sanaa haben am 27.08.14 erneut zehntausende Houthi-Anhänger gegen die Regierung demonstriert und deren Rücktritt gefordert. Sie fordern die Rücknahme einer Benzinpreiserhöhung und werfen der Regierung Korruption vor. In Sanaa und Umgebung hatten in den vergangenen Tagen tausende bewaffnete Anhänger der Houthi-Rebellen unter ihrem Anführer Abdulmalik al-Houthi Stellung bezogen. Nach Einschätzung von Experten wollen die Houthi-Rebellen mit ihren Protesten ihren Einfluss im Norden ausbauen und sich mehr Macht in einer künftigen Regierung sichern. Seit dem Jahr 2004 gab es bereits wiederholt Aufstände der schiitischen Houthis, die sich durch die von der sunnitischen Mehrheit dominierte Zentralregierung benachteiligt fühlen. Gespräche zwischen Regierung und Rebellen zur Beilegung der Krise scheiterten am 24.08.14.

Türkei

Durchlässige Grenze für IS-Kämpfer beschränkt

Laut einem Brief des Gouverneurs der türkischen Provinz Hatay, Calettin Lekesiz, an das Innenministerium haben sich im vergangenen März 150 IS-Kämpfer aus Syrien in der Türkei aufgehalten. Nach westlichen Geheimdienstberichten diene die Türkei islamistischen Gruppierungen als Rückzugsraum. Dem IS-Mitglied Abu Yusaf war es Mitte August möglich, der Washington Post ein Interview aus der türkischen Grenzstadt Reyhanli zu geben.

Laut Angaben der türkischen Armee wurden an der Grenze zur Syrien, nahe der Stadt Kilis, vier Meter tiefe Gräben gezogen, da sich dort die wichtigste Durchgangsstation für islamistische Kämpfer aus der EU, der Türkei und arabischen Ländern ins Kriegsgebiet nach Syrien und in den Irak befindet. Zudem wird der Grenzabschnitt 24 Stunden bewacht. Andere Grenzübergänge seien bereits geschlossen worden.

Vereidigung des Präsidenten

Am 28.08.14 wurde der erste direkt gewählte Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdogan als Staatschef vereidigt.

Als Erdogans Nachfolger im Amt des Premierministers wurde der bisherige Außenminister Ahmet Davutoglu am 27.08.14 von der AKP nominiert und zum neuen Parteichef der AKP gewählt. Laut Pressemeldung vom 27.08.14 wolle Davutoglu das Ziel des EU-Beitritts der Türkei verfolgen. Zudem soll eine neue Verfassung entstehen, die dem Staatsoberhaupt mehr Befugnisse ermöglichen soll.

Ägypten

Lebenslang für Führer der Muslimbruderschaft

Ein Strafgericht wandelte die im Juni 2014 gegen Mohammed Badie Mohammed Badie und sieben weitere führende Islamisten verhängten Todesurteile in lebenslange Freiheitsstrafen um. In den Fällen von sechs weiteren Angeklagten bestätigte das Gericht das vorinstanzliche Todesurteil. Allen Angeklagten war vorgeworfen worden, ihre Anhänger zu Gewalt angestiftet zu haben. Dadurch sollen im Juli 2013 zehn Personen zu Tode gekommen und 20 verletzt worden sein.

Nach Verhängung der Todesurteile im Juni 2014 hatte der Großmufti des Landes, der nach ägyptischem Recht alle Todesurteile auf ihre Vereinbarkeit mit der Scharia überprüft, sich geweigert, die Urteile zu unterzeichnen. Er soll die Beweislage für unzureichend gehalten haben. Zwar ist die Beurteilung des Großmuftis rechtlich nicht bindend, in der Regel folgen die Gerichte ihr jedoch.

Enthauptungen auf der Sinai-Halbinsel

Extremistische Islamisten der Terrorgruppe Ansar Beit al-Makdis sollen auf der Sinai-Halbinsel vier Ägypter wegen angeblicher Spionage für den israelischen Geheimdienst Mossad enthauptet haben. Die Getöteten sollen Informationen für einen Drohnenangriff Israels geliefert haben, bei dem drei Extremisten ums Leben gekommen waren.

Libyen

Rücktritt der Übergangsregierung

Laut Pressemeldung vom 29.08.14 hat das libysche Kabinett unter Premierminister Abdullah Al-Thani seinen Rücktritt erklärt.

Wenige Tage zuvor kam es zum Machtkampf zwischen dem alten von Islamisten dominierten Nationalkongress und dem im Juni neu gewählten Parlament.

Westafrika/Ebola

WHO: Bisheriger Höchststand an wöchentlichen Neuinfektionen

Nach Angaben der WHO sollen in den am stärksten von der Epidemie betroffenen Staaten Guinea, Liberia und Sierra Leone in der 35. Kalenderwoche mit rund 550 neuen Infektionsfällen mehr Menschen erkrankt sein als in der Woche zuvor. In der 34. Kalenderwoche habe es knapp 400 neue Fälle gegeben. Am stärksten betroffen sei Liberia. Die tatsächliche Zahl der Erkrankungen sei jedoch in vielen Regionen wahrscheinlich zwei- bis viermal höher. Möglicherweise dauere die Epidemie noch sechs bis neun Monate an. Dies würde mehr als 20.000 Fälle bedeuten. Bisher sollen sich der WHO zufolge 3.069 Menschen in Westafrika mit Ebola infiziert haben, von denen 1.552 starben. Die Sterblichkeitsrate von etwa 50 % sei jedoch je nach Land unterschiedlich. In Guinea sei sie mit 66 % deutlich höher als in Sierra Leone mit 44 %.

Guinea

Bei Protesten gegen eine Hygienekampagne wegen der sich ausbreitende Epidemie kam es am 28.08.14 sowie am Wochenende in N'Zérékoré, der zweitgrößten Stadt des Landes, zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Dabei wurden 55 Personen verletzt, davon etwa die Hälfte Sicherheitskräfte. Die Demonstranten griffen u. a. die Rettungsstelle des Krankenhauses sowie Fahrzeuge von UNICEF

und eines Arztes an. Die Angreifer sind der Meinung, dass die Epidemie eingeschleppt wurde und dass bei der Desinfektion eines Marktes Menschen infiziert worden seien.

Senegal

Senegal meldete am 29.08.14 den ersten Fall von Ebola. Nach Angaben der Gesundheitsministerin sei der 21-jährige Patient in einem Krankenhaus in Dakar isoliert worden. Der Student soll aus dem Nachbarland Guinea stammen, dort unter Beobachtung gestanden und sich nach Senegal abgesetzt haben.

Nigeria

Weitere Stadt in Borno von Boko Haram erobert

Am 28.08.14 nahmen Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram die Stadt Dikwa (Verwaltungssitz der Dikwa Local Government Area – LGA) im Zentrum des nordöstlichen Bundesstaates Borno ein.

Ethnische Auseinandersetzungen in Nasarawa

Im zentralnigerianischen Bundesstaat Nasarawa wurden am 27.08.14 bei Kämpfen zwischen Angehörigen der Ethnien der Eggon und der Alago im Dorf Tudun Adabu (Obi LGA) mindestens 40 Menschen getötet.

Nigeria/Kamerun

Nigerianische Grenzstädte von Boko Haram angegriffen – Soldaten fliehen nach Kamerun

Am Morgen des 25.08.14 überfielen Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram die Grenzstadt Gamboru-Ngala (Bundesstaat Borno, etwa 180 km nordöstlich von dessen Hauptstadt Maiduguri) und attackierten die Militärkaserne und die Polizeistation. Etwa 6.000 Einwohner sowie über 400 Soldaten, denen die Munition ausgegangen sein soll, flohen über die Grenze nach Kamerun in die Stadt Fotokol. In Gamboru-Ngala soll Boko Haram etliche Menschen getötet und mit Zwangsrekrutierungen von Jugendlichen begonnen haben.

Nach ihrem Angriff auf Gamboru-Ngala überquerten Kämpfer der Terrorgruppe die Grenze zu Kamerun. Bei Gefechten mit kamerunischen Soldaten wurden bei der Ortschaft Fotokol am 25. und 26.08.14 laut kamerunischen Angaben 27 Terroristen getötet.

Bereits am 24.08.14 war die Grenzstadt Banki (etwa 120 km südlich von Maiduguri) von Boko-Haram-Kämpfern angegriffen worden, was ebenfalls zum Grenzübertritt einer Vielzahl von Soldaten nach Kamerun führte. Das nigerianische Verteidigungsministerium bezeichnete den Grenzübertritt der Soldaten als „taktisches Manöver“. Die insgesamt etwa 480 geflohenen Soldaten wurden von den kamerunischen Behörden am 26.08.14 über die Grenze zurück nach Nigeria gebracht.

Zentralafrikanische Republik

Tote bei Gefechten zwischen Milizen

Am 25.08.14 wurden bei Gefechten zwischen rivalisierenden Gruppen der Séléka-Milizen (Ethnie der Goula und der Peul) in Bambari mindestens 17 Kämpfer getötet. Religiöse Führer vermittelten ohne Erfolg. Nach Angaben eines Offiziers der Truppe der Afrikanischen Union dauerten die Kämpfe im Zentrum der Stadt Bambari am 26.08.14 an. Französische und afrikanische Soldaten seien gemeinsam mit der örtlichen Polizei im Einsatz, um die Zivilbevölkerung zu schützen.

Somalia

Neue Offensive gegen al-Shabaab

Regierungseinheiten und Truppen der AMISO; begannen in der Nacht zum 30.08.14 eine Militäroffensive gegen die al-Shabaab. Es soll ihnen gelungen sein, die Stadt Bulomarer (etwa 160 km von Mogadischu, Region Lower Shebelle) einzunehmen. Bulomare galt als eine Hochburg der Islamisten.

Al-Shabaab-Angriff auf Geheimdienst

Bei einem Angriff auf ein Gebäude des somalischen Geheimdienstes in Mogadischu soll die al-Shabaab nach Angaben aus somalischen Sicherheitskreisen vom 31.08.14 eine Autobombe gezündet und Schusswaffen eingesetzt haben. Bei den Kämpfen mit den Sicherheitskräften sollen bis zu 15 Menschen getötet worden sein, darunter neun Islamisten. Ziel der Aktion sei wahrscheinlich die Befreiung von al-Shabaab-Angehörigen, die in dem Gebäude festgehalten wurden.

Westbalkan

Westbalkankonferenz in Berlin

Am 28.08.14 fand in Berlin eine erste „Konferenz zum Westlichen Balkan“ statt. Eingeladen waren neben Vertretern der EU-Kommission die Regierungschefs und Wirtschaftsminister Albaniens, Bosnien-Herzegowinas, Mazedoniens, Montenegros, Serbiens und Kosovos sowie der EU-Mitglieder Sloweniens und Kroatiens. Der Gipfel sollte den Reformwillen und die regionalen Beziehungen auf dem Westbalkan stärken. Dessen Staaten sollen zügig an die EU herangeführt werden, wozu weitere EU-Gelder versprochen wurden. Bundeskanzlerin Merkel betonte die „europäische Perspektive“. Gleichzeitig forderte sie Anpassungen der Länder an EU-Erwartungen. Bis 2018 soll jährlich eine Folgekonferenz stattfinden, um die Reformfortschritte zu überprüfen.

Tatsächlich verläuft der EU-Beitrittsprozess der Westbalkanländer sehr langsam (Serbien, Montenegro, Albanien) oder stagniert ganz (Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo). Die Region ist zwar keine Krisenregion mehr, der Frieden ist aber auch 15 Jahre nach Kriegsende noch fragil. Die Wirtschaft der Länder ist schwach, hinzu kommen Defizite in den Bereichen Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit.

Ukraine

Kiew und Moskau tauschen Gefangene aus

Medienberichten zufolge tauschten Russland und die Ukraine am Wochenende des 30./31.08.14 gefangene Soldaten aus. Die Ukraine habe russische Fallschirmjäger überstellt, die auf ukrainischem Gebiet festgenommen worden waren, berichteten russische Nachrichtenagenturen unter Berufung auf den stellvertretenden Kommandeur der russischen Luftlandetruppen, Alexej Ragosin. Russland ließ 63 ukrainische Soldaten frei, die ebenfalls auf dem Territorium des Nachbarlandes gefasst wurden. Dem Austausch seien schwierige Verhandlungen vorangegangen.

Die Separatisten in der Ostukraine entließen nach eigener Darstellung mehr als 200 Angehörige der Regierungstruppen aus ihrer Gewalt. Die Gefangenen im Gebiet Donezk seien der ukrainischen Seite übergeben worden, teilte die von den militanten Kräften gegründete „Armee Noworossija“ (Neurussland) mit. Es handele sich um 223 Soldaten sowie Angehörige der Nationalgarde. Die ukrainische Regierung bestätigte die Freilassung bisher nicht.

Putin will Gespräche über Status der Südostukraine

In einem TV-Interview vom 31.08.14 mit dem russischen Staatsfernsehen hat Russlands Präsident Wladimir Putin Verhandlungen über die Staatlichkeit der Südostukraine gefordert. „Es müssen umgehend substanzielle inhaltliche Verhandlungen anfangen – nicht zu technischen Fragen, sondern zu Fragen der politischen Organisation der Gesellschaft und der Staatlichkeit im Südosten der Ukraine“, sagte er in einem Interview. Ziel müsse es sein, die „gesetzlichen Interessen der dort lebenden Menschen zu schützen“.

Der Kreml trat am Nachmittag desselben Tages dem Eindruck entgegen, Putin habe die Eigenstaatlichkeit der Südostukraine gefordert. Sein Sprecher Dimitri Peskow betonte vor Journalisten, „Neurussland“ solle „selbstverständlich“ Teil der Ukraine bleiben. Es handele sich um einen inneren Konflikt des Landes.

Den Schutz der Bürger hatte Putin bereits als Argument für russische Soldaten auf der Krim genannt. Nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel im April 2014 nutzte er erstmals öffentlich den Begriff „Neurussland“ für die östlichen Gebiete der Ukraine. Zur Begründung sagte er, die Ost- und Südukraine hätten einst zu Russland gehört. Beobachter werten dies als Zeichen dafür, dass Putin die staatlichen Grenzen der Ukraine infrage stellt. Russland hatte sich in der Vergangenheit für eine Föderalisierung der Ostukraine ausgesprochen. Die Separatisten verwenden den Begriff „Neurussland“ als Zeichen ihrer angestrebten Abspaltung von der Ukraine. Reporter der Nachrichtenagentur AP sahen in den vergangenen Tagen im Südosten der Ukraine mindestens ein halbes Dutzend Panzer mit Flaggen der selbst proklamierten autonomen Republik „Neurussland“.

Georgien

Früherer Präsident Saakaschwili soll auf Interpol Fahndungsliste

Die Sprecherin der georgischen Oberstaatsanwaltschaft, Natia Sukhiashvili, sagte am 31.08.14 gegenüber dem georgischen TV-Sender Rustavi-2 TV, dass Ex-Präsident Michail Saakaschwili am 14.08.14 per Haftbefehl auf die Fahndungsliste Georgiens gesetzt worden sei und fügte hinzu, dass die Oberstaatsanwaltschaft das Ersuchen veranlasst habe, Saakaschwili auch auf die internationale Fahndungsliste von Interpol zu setzen. Die Oberstaatsanwaltschaft wirft Saakaschwili u.a. Amtsmissbrauch und Veruntreuung von Staatsgeldern vor. Ihm droht bei einer Verurteilung eine Freiheitsstrafe von fünf bis acht Jahren.

Einige Monate zuvor wurde der Ex-Präsident von Georgien bereits für die Befragung der Staatsanwaltschaft als Zeuge in zehn Kriminalfällen vorgeladen, insbesondere im Fall des Todes des früheren Ministerpräsidenten Surab Schwania im Februar 2005. Allerdings verweigerte sich Saakaschwili, weil er den Strafverfolgungsbehörden misstrauere.

Saakaschwili war von Januar 2004 bis November 2013 Präsident. Mitte November 2013 ging er zunächst in die USA und dann nach Europa. Seit dem 01.08.14 lebt er wieder in den Vereinigten Staaten. Der Ex-Präsident hat alle Vorwürfe als einen politisch motivierten Rachefeldzug seiner Gegner zurückgewiesen.

China

Hongkong: Entscheidung über Wahlverfahren

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses entschied am 31.08.14 in Peking über das Verfahren für die Wahl des Regierungschefs von Hongkong ab 2017. Demnach werde ein Wahlausschuss linientreue Kandidaten küren, über welche erstmals die Bevölkerung abstimmen könne. Die von der Bewegung Occupy Central geforderten freien Wahlen wird es demzufolge nicht geben. Die Bewegung verlautete, die für diesen Fall angekündigte Blockade des Finanzviertels Hongkongs durchführen zu wollen. Ein Termin hierfür ist noch nicht bekannt. Bereits am Abend des 31.08.14 kam es zu einer Demonstration vor dem Regierungssitz.

Im benachbarten Macau wurde Regierungschef Chui Sai On (auch: Fernando Chui) am 31.08.14 von einem linientreuen Wahlausschuss für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Dort fordert eine Demokratiebewegung die freie Wahl des Regierungschefs ab 2019.